



GEWÄHLT ABER MIT EINSCHRÄNKUNGEN

SCHWINDENDER HANDLUNGSPIELRAUM FÜR PALÄSTINENSISCHE
PARLAMENTARIER IN DER ISRAELISCHEN KNESSET

AMNESTY
INTERNATIONAL



Amnesty International ist eine weltweite Bewegung von mehr als 7 Millionen Menschen, die sich für eine Welt einsetzen, in alle der für alle gelten.

Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle Rechte für sich in Anspruch nehmen kann, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsnormen verankert sind.

Wir sind von allen Regierungen, politischen Ideologien, wirtschaftlichen Interessen oder Religionen unabhängig und finanzieren uns weitgehend über unsere Mitgliedsbeiträge und durch öffentliche Spenden.

© Amnesty International 2019

Wo nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieses Dokumentes unter einer Creative Commons Lizenz lizenziert (Urhebernennung, nicht für kommerzielle Zwecke, keine Änderungen, international 4.0.)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte unsere entsprechende Seite auf www.amnesty.org

Material, das einem anderen Urheberrechtinhaber als Amnesty International zugeschrieben ist, fällt nicht unter die Creative Commons Lizenz.

Veröffentlicht 2019

von Amnesty International Ltd
Peter Benenson House, 1 Easton Street
London WC1X 0DW, UK

Index: MDE 15/0882/2019

Originalsprache: English

amnesty.org



Coverfoto: Während der Rede von US-Vizepräsident Mike Pence im israelischen Parlament in Jerusalem am 22. Januar 2018 halten Mitglieder des arabischen parlamentarischen Blocks und Mitglieder der Knesset aus Protest Plakate hoch, während Sicherheitsmitarbeiter mit ihnen rangeln. Palästinensische Mitglieder der Knesset waren vom Parlament ausgeschlossen worden, weil sie gegen einen Vortrag von Pence vom Rednerpult der Knesset aus protestiert hätten. Mitglieder der Gemeinsamen Listenkoalition arabischer Parteien hatten versichert, dass sie die Rede von Pence aus Protest gegen die Entscheidung von US-Präsident Trump vom 6. Dezember 2017, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, boykottieren würden

© Ariel Schalit/AFP/Getty Images

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

1. ZUSAMMENFASSUNG	4
2. METHODIK	5
3. HINTERGRUND	5
3.1 SCHWINDENDER SPIELRAUM FÜR KRITISCHE STIMMEN	5
3.2 DIE DISKRIMINIERUNG VON PALÄSTINENSER*INNEN	7
3.3 DIE PARLAMENTSWAHLEN VOM APRIL 2019	8
4. BEDROHUNGEN FÜR DIE FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG VON PARLAMENTSMITGLIEDERN DURCH DEN GESETZGEBER	9
5. KNESSET-REGELN MIT DISKRIMINIERENDEN FOLGEN	11
6. DAS SCHEITERN VON GESETZENTWÜRFEN AUS POLITISCHEN GRÜNDEN	12
7. ENTWERTENDE AUSSAGEN GEGEN PALÄSTINENSISCHE PARLAMENTS MITGLIEDER	13
8. DIE RECHTE AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG, TEILHABE AN DEN ÖFFENTLICHEN ANGELEGENHEITEN UND NICHT-DISKRIMINIERUNG NACH DEN INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSNORMEN	14
9. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN	16
9.1 AN DIE ISRAELISCHE KNESSET	16
9.2 AN DIE REGIERUNG DES STAATES ISRAEL	16
9.3 AN DIE REGIERUNGEN ANDERER STAATEN	16

ZUSAMMENFASSUNG

Palästinensische Mitglieder der Knesset (MKs) sind mit zunehmenden Bedrohungen ihrer freien Meinungsäußerung konfrontiert. Diese Bedrohungen sind nicht nur an und für sich Grund zur Sorge, sie spiegeln auch die insgesamt Situation in Israel wieder, wo der Raum für Stimmen, die die Art und Weise des Umgangs der israelischen Regierung mit Palästinenser*innen kritisch sehen, deutlich geringer geworden ist und wo sich die Diskriminierung palästinensischer Bürger*innen in der Gesellschaft etabliert hat.

In den letzten fünf Jahren haben israelische Gesetzgebungs- und Exekutivorgane Kritiker israelischer Regierungsstrategien gegenüber Palästinensern mit zunehmenden Einschränkungen und Pflichten überzogen und versucht, die Unterstützung und Finanzierungen, die diese aus dem Ausland erhalten, zu unterminieren. Personen ohne israelische Staatsbürgerschaft, die für eine Organisation arbeiten oder eine Organisation unterstützen, die Israel als Förderer eines Boykottes gegen das Land oder gegen israelische Institutionen betrachtet, wird die Einreise verweigert. Im Jahr 2018 verabschiedete Israel das "Nationalstaatsgesetz" (formell bekannt als *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes*), welches Israel als den Nationalstaat des jüdischen Volkes definiert und das die Ungleichheit und Diskriminierung von Nicht-Juden verfassungsmäßig festschreibt.

Im Rahmen ihrer Recherchen untersuchte Amnesty International die bereits vorhandenen Gesetze und vorgeschlagene Gesetzentwürfe, von der Knesset ausgegebene Ethikregeln und Stellungnahmen der israelischen Regierung sowie Berichten von Menschenrechtsgruppen. Darüber hinaus interviewte die Organisation zwischen Februar und August 2019 palästinensische Knessetmitglieder und Vertreter von relevanten Nichtregierungsorganisationen. Sie verschickte Memorandums an den Sprecher der Knesset und den Vorsitzenden der Likud-Koalition und bat um Kommentare zu bestimmten Punkten, hat aber bisher noch keine Antwort erhalten.

Gesetzesänderungen – von denen eine davon bereits in Kraft gesetzt ist und die anderen sich noch in der Vorschlagsphase befinden – bedrohen das Recht auf freie Meinungsäußerung von gewählten Knesset-Mitgliedern. Auf palästinensische Knesset-Abgeordnete wirken sie sich besonders stark aus. Eine Änderung eines der Grundgesetze des Staates Israel, die im Jahr 2016 verabschiedet wurde, erlaubt der Knesset nun, gewählte Abgeordnete durch einen Mehrheitsentscheid ihrer Parlamentsgenossen aus dem Parlament auszuschließen. Amnesty International sieht in dieser Gesetzesänderung eine übermäßige Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung von Parlamentariern und die Art und Weise, wie diese zustande gekommen ist, als Hinweis darauf, dass sie vorrangig auf palästinensische MKs abzielt. Ein palästinensischer Abgeordneter beschrieb das Gesetz als „*ein Schwert, das von Knesset-Mitgliedern, die uns politisch entgegenstehen, über unseren Köpfen geschwungen wird*“. Andere Gesetzesänderungen, die über die letzten Jahre vorgeschlagen wurden, laufen ebenfalls Gefahr, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und politische Teilhabe von Minderheitengruppen zu untergraben.

Auch die Knesset-Regeln, die vorgeblich in Kraft sind, um unter den Abgeordneten ethische Verfahrenspraktiken durchzusetzen, werden benutzt, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und wirken sich speziell auf die palästinensischen Abgeordnete in diskriminierender Weise aus.

Im Jahr 2018 wurden die Ethikregeln der Knesset angepasst, um zu ermöglichen, dass Knesset-Mitgliedern die Erlaubnis für Reisen ins Ausland verweigert wird, wenn die Reise „*von einer Stellen wird, die zum Boykott des Staates Israel aufrufen*“. Amnesty International ist der Meinung, dass die Befürwortung von Boykotten eine Form der freien Meinungsäußerung darstellt, die es zu schützen gilt. Im selben Jahr (2018) wurden zwei palästinensische Knesset-Mitglieder gehindert, mithilfe von Zuwendungen durch bestimmte Nichtregierungsorganisationen (*NGOs/Non-governmental organisations*), die auf einer vom israelischen Ministerium für Strategische Angelegenheiten angelegten "Schwarzen Liste" standen, ins Ausland zu reisen.

Im Jahr 2016 suspendierte der Ethikausschuss der Knesset drei palästinensische Abgeordnete. Diese hatten sich mit palästinensischen Familien getroffen, deren Kinder von israelischen Soldaten getötet worden waren, nachdem sie angeblich Israelis attackiert hatten. Der Ethikausschuss entschied, dass die Abgeordneten durch das Einhalten einer Schweigeminute während dieses Treffens den Einsatz von Gewalt unterstützt hätten. Die interparlamentarische Union (*IPU/Inter-Parliamentary Union*) befand allerdings, dass die Suspendierungen "nicht gerechtfertigt" seien und erklärte, dass damit die Rechte auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung MKs verletzt wurden.

Seit dem Jahr 2011 hat die Knesset vier Gesetzentwürfe in Bezug auf palästinensische Rechte oder politische Bestrebungen abgewiesen. Während des gesetzgeberischen Prozesses, der im Jahr 2018 zur Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" führte, verhinderte die Knesset, dass ein Gesetzentwurf palästinensischer Abgeordneter, der eine alternative Definition des Staates Israel als "ein Land für alle seine Bürger" vorschlug, in die parlamentarische Diskussion einging und argumentierte, dass dadurch die Definition Israels als jüdischer Staat negiert würde. Nach Amnesty Internationals Einschätzung wurden die palästinensischen Abgeordneten, anscheinend aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, durch diese Entscheidung diskriminiert.

Die palästinensischen Abgeordneten sahen sich im gleichen Zeitraum mit Hetzreden vonseiten hochrangiger Regierungsvertreter und anderer Knesset-Mitglieder konfrontiert, die offenbar darauf abzielten, sie und ihre Arbeit zu delegitimieren. Einige wurden von Ministern der Regierung als "Verräter" tituliert.

Gemäß dem Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte und ebenso laut der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, denen Israel jeweils als Vertragsstaat angehört, sind Staaten verpflichtet sicherzustellen, dass Einschränkungen des Rechtes auf freie Meinungsäußerung nicht in einer diskriminierenden Art und Weise beschlossen werden können.

Amnesty International fordert die israelische Regierung dringend auf, die Beachtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gewählter Knesset-Mitglieder ohne Diskriminierung zu gewährleisten, sich aller sprachlichen Formulierungen zu enthalten, die palästinensischen Abgeordneten ihre Berechtigung absprechen und das Prinzip der Nicht-Diskriminierung durch die Verfassung zu schützen. Die Knesset wird von Amnesty International aufgerufen, das im Jahr 2016 verabschiedete Gesetz, durch das sie Parlamentsmitglieder per Mehrheitsbeschluss aus dem Abgeordnetenhaus verweisen kann, außer Kraft zu setzen, die diskriminierende Anwendung parlamentarischer Ethik-Regeln gegen palästinensische Abgeordnete zu beenden, die Ablehnung von Gesetzesvorschlägen aus diskriminierenden Gründen wie etwa aufgrund der politischen Meinung der Betroffenen zu unterlassen und alle Gesetze, die palästinensische Bürger*innen des Staates Israel diskriminieren entweder zurückzuziehen oder entsprechend zu überarbeiten.

METHODIK

Zu den Bedrohungen der freien Meinungsäußerung, mit denen palästinensische Mitglieder des israelischen Parlaments, der Knesset, konfrontiert sind, hat Amnesty International zwischen Februar und August 2019 diverse Nachforschungen und Analysen durchgeführt. Die Organisation untersuchte vorhandene israelische Gesetze, Gesetzesvorschläge, von der Knesset ausgebrachte ethische Regeln und Entscheidungen, Dokumente aus Gerichtsverfahren in Bezug auf die Teilhabe palästinensischer Parlamentarier an der Knesset, relevante Stellungnahmen und Berichte der israelischen Regierung sowie Medienberichte über Entwicklungen in der Knesset. Amnesty International studierte außerdem die Erkenntnisse und Analysen, die von anderen Menschenrechtsgruppen veröffentlicht wurden, die sich auf Themen hinsichtlich der Diskriminierung von Palästinenser*innen in Israel spezialisiert haben, darunter *Adalah* – Rechtszentrum für die Rechte der arabischen Minderheit in Israel, der Verband für Bürgerrechte in Israel (*ACRI/ Association for Civil Rights in Israel*), der Fonds zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern (*HRDF/ Human Rights Defenders Fund*) und MADAR, das palästinensische Forum für Israelstudien.

Amnesty International führte mit Vertretern palästinensischer und israelischer Menschenrechtgruppen sowie mit drei aktuellen oder ehemaligen palästinensischen Mitgliedern der Knesset Interviews durch. Einige Interviews wurden in hebräischer Sprache durchgeführt, andere auf Englisch. Alle Gesprächspartner wurden über den Zweck des Interviews und wozu die gesammelten Informationen verwendet werden in Kenntnis gesetzt und willigten freiwillig in ein Interview ein.

Dem Sprecher der Knesset MK Yuli Adelstein und dem Vorsitzenden der Likud-Koalition MK David Amsalem sandte Amnesty International am 14. August 2019 eine kurze Mitteilung zu, stellte ihnen eine Zusammenfassung ihrer Erkenntnisse zur Verfügung und bat um eine Stellungnahme zu den in diesem Bericht angesprochenen Belangen. Bis zum 3. September 2019 war noch keine Antwort eingegangen.

HINTERGRUND

SCHWINDENDER SPIELRAUM FÜR KRITISCHE STIMMEN

Während der vergangenen fünf Jahre haben israelische Gesetzgebungs- und Exekutivorgane Kritiker der Vorgehensweisen und Strategien der israelischen Regierung gegenüber Palästinensern zunehmenden Einschränkungen und Pflichten ausgesetzt.¹

Im Jahr 2016 verabschiedete die Knesset Gesetze, die neue Anforderungen an die Berichterstattung zivilgesellschaftlicher Organisationen stellen, die Gelder von ausländischen Quellen erhalten – betroffen davon unter anderen auch zahlreiche Menschenrechtsgruppen. Dieses Gesetz, das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist, verlangt von ihnen die Vorlage und Veröffentlichung vierteljährlicher Berichte über alle finanziellen Zuwendungen, die sie von ausländischen Regierungen oder öffentlich finanzierten ausländischen Gebern erhalten haben, einschließlich der Benennung jeglicher mündlicher oder schriftlicher Verbindlichkeiten, die sie diesen Geldgebern gegenüber womöglich übernommen haben.²

¹ Siehe zum Beispiel: Amnesty International, *Israeli government must cease intimidation of human rights defenders, protect them from attacks (Israelische Regierung muss Einschüchterung von Menschenrechtsverteidigern einstellen, sie vor Attacken schützen)* AI-Index: MDE 15/3824/2016, www.amnesty.org/download/Documents/MDE1538242016ENGLISH.pdf; ACT Alliance, *Protection of space for civil society and human rights defenders: The case of Israel and Palestine (Schutz von Freiräumen für Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger: Der Fall Israel und Palästina)*, März 2018, actalliance.org/documents/protection-of-space-for-civil-society-and-human-rights-defenders-the-case-of-israel-and-palestine/; *Human Rights Defenders Fund (HRDF/ Fonds zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern)*, *By all means: The various ways Israel is targeting human rights defenders (Mit allen Mitteln: Die vielfältigen Wege, auf denen Israel Menschenrechtsverteidiger ins Visier nimmt)*, Juni 2019, hrdf.org.il/wp-content/uploads/2019/06/By-all-means_web.pdf

² Das Gesetz über die Offenlegungspflichten von Empfängern von Unterstützungsleistungen ausländischer Stellen (Erhöhte Transparenz durch Empfänger von Leistungen, wenn der Großteil ihrer Finanzierung aus Zuwendungen ausländischer Regierungsstellen stammt [Änderung]) 2016, fs.knesset.gov.il/20/law/20_isr_346561.pdf (auf Hebräisch). Eine Zusammenfassung auf Englisch findet sich unter Verband für Bürgerrechte in Israel (ACRI - Association for Civil Rights in Israel), *Law requiring disclosure by NGOs supported by foreign governmental entities (amended) – 2016 (Gesetz verlangt Offenlegung durch NGOs, die von ausländischen Regierungsstellen unterstützt werden [geändert])*, 2016, law.acri.org.il/en/wp-content/uploads/2016/07/Summary-of-NGO-Law.pdf

Im Jahr 2018 wurde ein Gesetzentwurf in geltendes Recht umgesetzt, der Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die die israelische Armee kritisieren, aus öffentlichen Schulen verbannt.³ Im gleichen Zeitraum stellte Israels Kulturministerium Bemühungen an, um die Finanzierung von palästinensischen und israelischen Kulturinstitutionen und Veranstaltungen in Israel und Ostjerusalem zu verweigern oder einzuschränken, wenn diese Künstlern eine Plattform bieten, die sich mit Themen auseinandersetzen wie Israels Besetzung der besetzten palästinensischen Gebiete und die Nakba, was auf Arabisch so viel bedeutet wie "Katastrophe", der Begriff für die Vertreibung und Enteignung von Hunderttausenden von Palästinensern während des Krieges von 1948/9 im Anschluss an die Gründung des Staates Israel.⁴ Die kommunalen Behörden mehrerer Städte versuchten, die Unternehmungen lokaler NGOs und Kulturzentren, die als Gastgeber von Veranstaltungen zu diesen Themen auftreten, einzuschränken und solche Veranstaltungen aus den Räumlichkeiten öffentlicher Einrichtungen auszuquartieren.

Wiederholt haben israelische Behörden palästinensische und israelische Menschenrechtsverteidiger und Organisationen wie auch internationale Gruppen einschließlich Amnesty International bedroht, verunglimpft und stigmatisiert und sie mit Begriffen wie "Verräter" und "ausländische Agenten" oder anderen Bezeichnungen etikettiert.⁵ In dem Bemühen, die Unterstützung und Finanzierung, die israelische und palästinensische Menschenrechtsverteidiger und Organisationen aus dem Ausland erhalten, zu unterminieren, stellten sie Versuche an, diesen jede Legitimation abzusprechen.⁶

Als Teil dieser Bemühungen drängten der israelische Premierminister und andere hochrangige Regierungsvertreter mehrere Länder dazu, die finanzielle Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen zurückzuhalten, die Kritik an Israel verlauten ließen.⁷ Nationalistische Organisationen, die in Bezug auf solche Themen mit den Strategien der israelischen Regierung auf einer Linie liegen, schlossen sich dieser Vorgehensweise an.⁸

³ Staatliches Bildungsgesetz (Änderung – Verhinderung von Aktivitäten von Organisationen, die gegen die Bildungsziele und gegen die IDF [Israeli Defence Forces - israelische Armee] vorgehen), 2017, fs.knesset.gov.il/20/law/20_Isr_504190.pdf (auf Hebräisch)

Siehe auch *The Jerusalem Post*, 'Breaking the Silence' Bill passed into law (Gesetzentwurf zu 'Breaking The Silence' in geltendes Recht umgesetzt), 17. Juli 2018, www.jpost.com/Israel-News/Breaking-the-Silence-bill-passed-into-law-562699

⁴ Beispiel für Institutionen und Veranstaltungen, die unter dieses Gesetz fallen, sind das al-Midan Theater in Haifa und das Nakba-Filmfestival, das von der israelischen Nichtregierungsorganisation *Zochrot* organisiert wurde; siehe *The Times of Israel*, *State said to defund Arab theater that held play about terrorist (Staat soll arabischem Theater, das Schauspiel über Terroristen gezeigt hatte, die Finanzierung entzogen haben)*, 19. Februar 2018, www.timesofisrael.com/state-said-to-defund-arab-theater-that-held-play-about-terrorist/; *Haaretz*, *Israeli culture minister pushes to nix funding for festival featuring films that 'undermine our values' (Israelischer Kulturminister drängt auf Nullfinanzierung für Festival mit Filmen, die 'unsere Werte untergraben')*, 17. September 2018, www.haaretz.com/life/.premium-regev-pushes-to-nix-funds-for-haifa-festival-over-film-that-undermine-values-1.6489212;

Verband für Bürgerrechte in Israel (ACRI/ Association for Civil Rights in Israel), *Anti-democratic initiatives advanced by the 20th Knesset - Freedom of cultural expression (Antidemokratische Initiativen durch die 20te Knesset vorangetrieben – Die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks)*, 2019, campaigns.acri.org.il/democracy/

⁵ *Al-Jazeera English*, *Israel slammed over its 'war on NGOs' (Israel wegen seines 'Krieges gegen NGOs' scharf kritisiert)*, 22. November 2016, www.aljazeera.com/news/middleeast/2016/11/israel-slammed-war-ngos-161101115337497.html

⁶ Siehe zum Beispiel das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten, *The money trail: The millions given by EU institutions to NGOs with ties to terror and boycotts against Israel (Die Spur des Geldes – Die Millionen, die von EU-Institutionen an NGOs mit Verbindungen zu Terror und Boykott gegen Israel gezahlt werden)*, Mai 2018, eipa.eu.com/publicaffairs/wp-content/uploads/The-Money-Trail_English.pdf

Der Bericht war von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini als "haltlos und inakzeptabel" kritisiert worden, (siehe *Haaretz*, *EU blasts Israeli minister: You feed disinformation and mix BDS, terror (EU geht mit israelischem Minister scharf ins Gericht: Sie verbreiten Falschinformationen und verwechseln BDS mit Terror)*, 17. Jul. 2018, www.haaretz.com/israel-news/.premium-eu-s-mogherini-to-israeli-ministryou-feed-disinformation-1.6280308).

Im Jahr 2019 gab das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten einen ähnlichen Bericht mit dem Titel *Terrorists in suits: The ties between NGOs promoting BDS and terrorist organization (Terroristen in Nadelstreifen – Die Bande zwischen Nichtregierungsorganisationen, die BDS befürworten, und terroristischen Organisationen)*, 4il.org.il/wp-content/uploads/2019/02/MSA-Terrorists-In-Suits-English-1.pdf

⁷ Siehe *Ynet*, *Israel to EU: Halt funding of NGOs working against us (Israel an EU: Setzen Sie Finanzierung von NGOs aus, die gegen uns arbeiten)*, 21. Juli 2015, www.Ynetnews.Com/Articles/0,7340,L-4682691,00.html;

The Times of Israel, *Israel's envoy to call on UN to end funding for B'Tselem (Israels Abgesandter soll Vereinte Nationen aufrufen, Zahlungen an B'Tselem zu beenden)*, 19. Oktober 2016, www.Timesofisrael.Com/Israels-Envoy-To-Call-On-Un-To-End-Funding-For-Btselem/;

Haaretz, *Netanyahu slams human rights NGO B'Tselem for joining 'chorus of slander' against Israel (Netanyahu übt scharfe Kritik an Menschenrechts-NGO B'Tselem wegen Beteiligung an 'Welle der Verleumdung' gegen Israel)*, 19. Oktober 2016, www.Haaretz.Com/Israel-News/Netanyahu-Slams-Israeli-Rights-Group-For-Un-Appearance-1.5449949;

Haaretz, *Netanyahu cancels meeting after German FM refuses to snub Israeli leftist NGOs (Netanjahu sagt Treffen ab, weil deutscher Außenminister sich weigert, linksgerichtete israelische NGOs vor den Kopf zu stoßen)* 25. April 2017, www.Haaretz.Com/Israel-News/Netanyahu-Cancels-Meet-After-German-Fm-Refuses-To-Snub-Leftist-Ngos-1.5464890;

Haaretz, *Israel demanded Germany cut funding to Jewish Museum in Berlin, report says (Israel verlangte, dass Deutschland Finanzierung des Jüdischen Museums in Berlin kürzt)*, 9. Dezember 2018, www.haaretz.com/world-news/europe/report-israel-demanded-germany-cut-funding-to-jewish-museum-in-berlin-1.6726205; *Haaretz*, 12. Oktober 2018, www.haaretz.co.il/news/politics/.premium-1.6550175

⁸ Siehe Amal Jamal, *The rise of "bad civil society" in Israel: Nationalist civil society organizations and the politics of delegitimation (Der Aufstieg der "bösen Zivilgesellschaft" in Israel: Nationalistische zivilgesellschaftliche Organisationen und die Politik der Deligitimierung)*, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, 2018, www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2018C02_jamal.pdf;

Policy Working Group, *Shrinking space: NGO Monitor: Defaming human rights organizations that criticize the Israeli occupation (Schwindende Freiräume - NGO Monitor und die Diffamierung von Menschenrechtsorganisationen, die die israelische Besetzung kritisieren)*, 2018, policyworkinggroup.org.il/report_en.pdf

Im Jahr 2017 begannen die israelischen Behörden mit der Umsetzung einer Änderung des Gesetzes über die Einreise nach Israel, die allen Personen oder Mitarbeitern von Organisationen die Einreise nach Israel oder in die besetzten palästinensischen Gebiete verweigert, die in Israels Wahrnehmung für einen Boykott gegen den Staat Israel oder andere israelische Stellen eintreten, inklusive solcher Stellen, die von illegalen israelischen Siedlungen profitieren.⁹

Im Ergebnis dieser Gesetzesänderung wurden Menschenrechtsverteidiger, Anwälte, Wissenschaftler und Studenten an der Einreise nach Israel oder in die besetzten palästinensischen Gebiet gehindert.¹⁰ Unter ihnen ist der Amnesty International Mitarbeiter Raed Jarrar, dem im Jahr 2017 die Einreise verweigert wurde.¹¹ Die israelischen Behörden nutzten die Gesetzesänderung auch, um dem palästinensischen Leiter der Israel-Palästina-Abteilung der internationalen NGO *Human Rights Watch* Omar Shakir die Arbeitserlaubnis zu entziehen und seine Ausweisung aus dem Land anzuordnen. Im April 2019 bestätigte ein israelisches Gericht die Anordnung der Regierung, ihn aus dem Land zu verweisen und urteilte, dass die Öffentlichkeitsarbeit von *Human Rights Watch* zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, die in israelischen Siedlungen operieren, einen Aufruf zum Boykott darstellten und die Ausweisung von Omar Shakir rechtfertigten.¹² Experten der Vereinten Nationen fordern Israel dringend auf, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen und erklären, dass diese Entscheidung „die Öffentlichkeitsarbeit, Recherchearbeit und freie Meinungsäußerung aller bedroht“.¹³

DIE DISKRIMINIERUNG VON PALÄSTINENSER*INNEN

Die palästinensischen Bürger*innen des Staates Israel machen rund 20 % der Gesamtbevölkerung aus, und ihre Rechte auf politische Teilhabe und Vertretung sind – wie für alle anderen Bürger*innen Israels auch – im israelischen Recht anerkannt. Israels Gesetzgebung ermöglicht allerdings in vielen Bereichen wie im Staatsbürgerschaftsrecht, bei Grundeigentum, Raumplanung, Wohnungswesen, Bildung und im Gesundheitswesen die direkte und indirekte Diskriminierung von palästinensischen und anderen nicht-jüdischen Bürger*innen.¹⁴

Im Juli 2018 verabschiedete Israel ein Gesetz, das Israel als den Nationalstaat des jüdischen Volkes definiert und die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Nicht-Juden verfassungsmäßig verankert.¹⁵ Das "Nationalstaatsgesetz" (formell als *Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes* bezeichnet) garantiert ausschließlich Juden das Recht auf Selbstbestimmung. Es betont auch die Bedeutung der "Entwicklung jüdischer Siedlungen" und stuft den Status der arabischen Sprache von dem einer offiziellen Amtssprache auf den einer Sprache mit "Sonderstatus" herab. Menschenrechtsorganisation haben gegen dieses Gesetz Beschwerde vor dem Obersten Israelischen Gerichtshof eingelegt, was angesichts seines Status als Teil der Verfassung eine komplexe Aufgabe darstellt.¹⁶ Das gerichtliche rechtliche Verfahren dauert derzeit (September 2019) noch an.

Im Jahr 2014 hob die Knesset die Wahlhürde von 2% auf 3,25% an, was sich vor allem auf die Vertretung von palästinensischen und anderen israelischen Minderheitengruppen im Parlament auswirkte. *Adalah* und *ACRI* argumentierten, dass die Anhebung der Wahlhürde für die Parteien zur Erlangung von Sitzen in der Knesset gegen die Wahlrechte palästinensischer Bürger verstoße und den Ausschluss ihrer Kandidaten und Parteien begünstige.¹⁷

⁹ Gesetz über die Einreise nach Israel (Änderung Nr. 27 – Keine Erteilung eines Visums oder einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis an Personen, die einen Boykott gegen Israel befürworten), 2017, [fs.knesset.gov.il/20/law/20_lsh_369171.docx](https://www.knesset.gov.il/20/law/20_lsh_369171.docx) (auf Hebräisch)

¹⁰ *The Times of Israel*, *Shin Bet has denied 250 people entry into Israel this year - report* (Bericht: Shin Bet verweigert 250 Personen die Einreise nach Israel), 16. August 2018, www.timesofisrael.com/shin-bet-has-denied-250-people-entry-into-the-country-this-year-report/;

Haaretz, *Two Leading U.S. Human Rights Activists Refused Entry to Israel, One for BDS Ties* (Zwei führenden US-Menschenrechtsaktivisten die Einreise nach Israel verweigert, einem wegen Verbindungen zu BDS), 3. Mai 2018, www.haaretz.com/israel-news/.premium-two-leading-u-s-human-rights-activists-deported-from-israel-1.6052515;

MEMO (Middle East Monitor), *Israel's denial of visas for foreign academics hurting Palestinian education* (Israels Verweigerung von Visa für ausländische Akademiker schaden dem palästinensischen Bildungssystem), 3. August 2018, www.middleeastmonitor.com/20180803-israels-denial-of-visas-for-foreign-academics-hurting-palestinian-education/;

Haaretz, *U.S. Student Denied Entry to Israel to Be Held at Airport Until Final Ruling on Appeal* (US-Student, dem Einreise nach Israel verweigert wurde, soll bis zu einer endgültigen Entscheidung am Flughafen festgehalten werden), 7. Oktober 2018, www.haaretz.com/israel-news/.premium-district-court-to-rule-on-appeal-of-u-s-student-banned-from-israel-1.6532462

¹¹ Amnesty International, *Israel denies entry to Amnesty International staff member* (Israel verweigert Amnesty International Mitarbeiter die Einreise), 31. Oktober 2017, www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/israel-denies-entry-to-amnesty-international-staff-member/

¹² *Human Rights Watch*, *Israel: Human Rights Watch official's deportation reinstated* (Israel: Ausweisung von Human Rights Watch Vertreter wieder bestätigt), 16. April 2019, www.hrw.org/news/2019/04/16/israel-human-rights-watch-officials-deportation-reinstated

¹³ Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen, *UN experts call on Israel to overturn deportation of Human Rights Watch director* (Experte der Vereinten Nationen fordert Israel auf, Ausweisung von Human Rights Watch Leiter zurückzunehmen), 25. April 2019, www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24516&LangID=E

¹⁴ *Adalah* – Rechtszentrum für arabische Minderheiten Rechte (Adalah), *The discriminatory laws database* (Datenbank diskriminierender Gesetze), 25. September 2017, www.adalah.org/en/content/view/7771

¹⁵ Grundgesetz: Israel – Der Nationalstaat des jüdischen Volkes, 2017, [knesset.gov.il/laws/special/eng/BasicLawNationState.pdf](https://www.knesset.gov.il/laws/special/eng/BasicLawNationState.pdf) (inoffizielle Übersetzung)

¹⁶ *Adalah*, *Arab leadership takes action against Israel's new Jewish Nation-State Law* (Arabische Führung geht gerichtlich gegen Israels neues Nationalstaatsgesetz vor), 6. August 2018, www.adalah.org/en/content/view/9574

¹⁷ *Adalah*, *Israeli Supreme Court rejects petition against raising electoral threshold* (Oberster Israelischer Gerichtshof weist Petition gegen Anhebung der Wahlhürde ab), 14. Januar 2015, www.adalah.org/en/content/view/8401

DIE PARLAMENTSWAHLEN VOM APRIL 2019

Am 9. April 2019 wurden vorgezogene Neuwahlen abgehalten, um die 120 Mitglieder der Knesset zu bestimmen. Die Wahlen waren für November 2019 geplant gewesen, wurden aber aufgrund von Streitigkeiten unter Regierungsmitgliedern über ein Gesetz zur nationalen Militärdienstpflicht der ultra-orthodoxen Bevölkerung sowie wegen anhängiger Korruptionsvorwürfe gegen Premierminister Benjamin Netanyahu vorverlegt.

Am 6. März 2019, im Vorfeld der Wahlen, stimmte der Zentrale Wahlausschuss Israels dafür, *Ra'am-Balad*, eine gemeinsame, von zwei Parteien geformte Liste, nicht zur der Wahl zuzulassen. Die Liste hatte aus der palästinensisch-nationalistischen Partei *Balad* und der islamistischen *Ra'am* bestanden. Außerdem wurde Ofer Cassif, ein jüdisches Mitglied von *Hadash-Ta'al*, einer ebenfalls von zwei Parteien gestellten Liste, der arabisch-jüdischen *Hadash* und der arabisch-nationalistischen Partei *Ta'al*, von der Wahl ausgeschlossen. Diese Entscheidungen beruhten auf zwei Anträgen. Einer war von Mitgliedern der Parteien *Likud* und *Otzma Yehudit* in die Wege geleitet worden, die behauptet hatten, *Ra'am-Balad* „beabsichtigen den Staat Israel als jüdischen Staat zu beseitigen und unterstützen den gewaltsamen palästinensischen Widerstand und die Hisbollah“ und dass „die meisten ihrer Mitglieder Unterstützer und Hintermänner des Terrors“ sind. Der zweite Antrag wurde vom Vorsitzenden der Partei *Yisrael Beiteinu* (*Unser Haus Israel*) eingereicht und zitierte einige frühere, provokante Bemerkungen von Ofer Cassif, in denen er unter anderem die israelische Justizministerin Ayelet Shaket als "Neonazi-Abschaum" bezeichnet hatte. **18**

Diese Entscheidungen ignorierten die Empfehlung des israelischen Generalstaatsanwalts vom Tag zuvor, dass man *Ra'am-Balad* wie auch Ofer Cassif erlauben solle, sich zur Wahl zu stellen. Am 17. März 2019 hob der Oberste Israelische Gerichtshof die Entscheidungen über deren Ausschluss dann auch wieder auf und erlaubte beiden, für die Wahl zu kandidieren. **19**

Im Kontrast dazu wies der Zentrale Wahlausschuss eine Eingabe gegen Michael Ben Ari, den Vorsitzenden der Rechtsaußenpartei *Otzma Yehudit* zurück und erlaubte diesem damit, sich zur Wahl zu stellen. Aufgrund seiner unaufhörlichen Hassreden gegen Araber schloss ihn jedoch der Oberste Gerichtshof von der Wahl aus und verbot ihm, sich als Kandidat für die Knesset aufstellen zu lassen. **20**

Am Wahltag wurden in Wahllokalen, die palästinensische Gemeinden oder palästinensische Mehrheitsgebiete in ganz Israel bedienen, über 1.200 versteckte Kameras von Aktivisten und Beobachtern der regierenden *Likud*-Partei am Körper getragen oder installiert. Israels Premierminister und der Parteiführer des *Likud* Benjamin Netanyahu bestätigte dies und behauptete, dass der Einsatz von Kameras dem "weitverbreiteten Wahlbetrug" in diesen Gebieten entgegenwirken sollte. **21** In den sozialen Medien erklärte die PR-Agentur, die für die Verteilung der Kameras verantwortlich war, freimütig, der Kampagne müsse zu Gute gehalten und gedankt werden, weil sich durch sie die Wahlbeteiligung der palästinensischen Bürger*innen des Staates Israel verringert habe.

Das israelische Wahlrecht erlaubt Regierungsvertretern nicht, Wähler beim Betreten von Wahllokalen oder während der Wahlhandlungen zu filmen und definiert jeden Eingriff in Wahlvorgänge als ein kriminelles Vergehen. **22** Tonaufnahmen aus dem Abstimmungsverfahren hatte der Zentrale Wahlausschuss trotz vielfacher Beschwerden allerdings erlaubt. Mehrere von *Likud*-Aktivisten in Wahllokalen benutzte Kameras wurden von der Polizei beschlagnahmt. Der Wahlausschuss ordnete aber an, dass diese unverzüglich zurückzugeben seien. **23** Daraufhin forderten verschiedene Knesset-Mitglieder gemeinsam mit *Adalah* den israelischen Generalstaatsanwalt auf, eine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten, **24** worauf dieser aber öffentlich nicht reagierte. **25** Der palästinensische Knesset-Abgeordnete Mtanés

18 *The Times of Israel*, *Elections panel bars Arab slate, Jewish far-left candidate; court will now rule (Wahlausschuss schließt arabische Wahlliste und weit links stehenden jüdischen Kandidaten von der Wahl aus. Jetzt entscheidet das Gericht.)*, 7. März 2019, www.timesofisrael.com/elections-committee-disqualifies-arab-israeli-slate-jewish-far-left-candidate/

19 *Middle East Monitor*, *Israel's top court disqualifies far-rightist, approves Arab party for ballot (Israels Spitzengericht disqualifiziert extrem rechtsorientiert Entscheidung, segnet Teilnahme arabischer Partei an der Wahl ab)*, 18. März 2019, www.middleeastmonitor.com/20190318-israels-top-court-disqualifies-far-rightist-approves-arab-party-for-ballot/

20 *Haaretz*, *Israel's to court bans Kahanist leader from election run, okays Arab slates, far-left candidate (Israel schließt kahanistischen Parteiführer von Wahlkampf gerichtlich aus, gibt arabischer Liste und weit links stehendem Kandidat OK)*, 17. März 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/israel-s-top-court-bans-kahanist-leader-from-running-approves-arab-slate-1.7018590

21 *The Times of Israel*, *Likud admits deploying cameras at polling stations to monitor 'problem Arabs' (Likud gibt Installation von Kameras zur Beobachtung von 'Problem-Arabern' in Wahllokalen zu)*, 9. April 2019, www.timesofisrael.com/likud-admits-hiding-cameras-at-polling-stations-to-monitor-problem-arabs/; *Haaretz*, *Likud hiding cameras in Arab polling stations will be 'looked into,' election board says (Likuds Einsatz versteckter Kameras in arabischen Wahllokalen wird 'nachgegangen', sagt Wahlvorstand)*, 14. April 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/.premium-likud-hiding-cameras-in-arab-polling-stations-will-be-looked-into-1.7112910

22 *Adalah*, *Adalah calls for criminal probe into Likud's planting of hidden cameras in Israeli polling stations (Adalah fordert strafrechtliche Untersuchung der Installation versteckter Kameras in israelischen Wahllokalen durch den Likud)*, 11. April 2019, www.adalah.org/en/content/view/9725; *Haaretz*, *Israel's attorney general urged to probe Likud hidden cameras in Arab polling stations (Israelischer Generalstaatsanwalt unter Druck, versteckte Kameras von Likud in arabischen Wahllokalen gründlich zu nachzugehen)*, 11. April 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/.premium-ag-urged-to-probe-violation-after-likud-places-hidden-cameras-in-arab-polling-sites-1.7110075

23 Der Zentrale Wahlausschuss für die 21ste Knesset, *Decision on the use of hidden cameras in polling sites (Entscheidung über die Verwendung versteckter Kameras in Wahllokalen)*, 9. April 2019, bechiro21.bechiro21.gov.il/election/Decisions/AllDecisions/knesset21/documents/kalpies_cameras.pdf (auf Hebräisch)

24 *Adalah*, *Adalah calls for criminal probe into Likud's planting of hidden cameras in Israeli polling stations (Adalah fordert eingehende strafrechtliche Untersuchung von Likuds Installation versteckter Kameras in israelischen Wahllokalen)*, 11 April 2019, www.adalah.org/en/content/view/9725;

Shehadeh aus der *Balad*-Partei sagte Amnesty International, dass der Einsatz von Kameras „ein klarer Versuch der Einschüchterung der palästinensischen Bürger*innen war und diese an der Inanspruchnahme ihres gleichberechtigten Anspruchs auf politische Teilhabe hindern sollte ... Jetzt tut man so, als seien alle arabischen Wähler*innen potentielle kriminelle Straftäter*innen, die einen Wahlbetrug begehen wollen.“ **26**

Für die Wahlen vom April 2019 schloss sich die *Likud*-Partei mit der *Blauweiß-Allianz* von Benny Gantz zusammen. Die Unterstützung kleinerer Parteien hätte Benjamin Netanyahu zwar noch ermöglicht eine neue Regierung zu bilden, die Unstimmigkeiten über das Gesetz zum nationalen Militärdienst setzten sich jedoch weiter fort, und nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen wurden erneut vorgezogene Neuwahlen anberaumt, die für den 17. September 2019 geplant sind. Die Wahlbeteiligung unter den palästinensischen Bürger*innen des Staates Israel lag bei einem Rekordtief von 49,1% verglichen mit 63,5% bei den Wahlen im Jahr 2015. Die insgesamt Wahlbeteiligung in Israel lag bei 68%, und damit auch insgesamt niedriger als im Jahr 2015. **27** Die Liste *Hadash-Ta'al* gewann sechs Sitze und die Liste *Ra'am-Balad* vier. Später kündigten sie an, ihre Kräfte für die kommenden Wahlen in einer erweiterten gemeinsamen Liste zu bündeln. **28**

BEDROHUNGEN FÜR DIE FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG VON PARLAMENTSMITGLIEDERN DURCH DEN GESETZGEBER

Mehrere Gesetzesänderungen, von denen eine bereits in Kraft gesetzt ist und die anderen sich noch in der Vorschlagsphase befinden, bedrohen das Recht auf freie Meinungsäußerung gewählter Knesset-Mitglieder und werden sich auf palästinensische Parlamentarier wahrscheinlich besonders stark auswirken.

Die Abänderung eines der israelischen Grundgesetze (Grundgesetz: Die Knesset), die im Jahr 2016 verabschiedet wurde, erlaubte der Knesset zum ersten Mal, gewählte Parlamentarier per Mehrheitsbeschluss ihrer Mitabgeordneten von der Knesset auszuschließen. **29** Diese Änderung erteilt der Knesset die Befugnis, die Mitgliedschaft eines Abgeordneten durch eine Mehrheit von 90 zu 120 Stimmen zu beenden, wenn festgestellt wird, dass zwei der Voraussetzungen, die die Aufstellung eines Kandidaten zur Wahl im Vorfeld verhindert hätten, nach oder während dieser Wahl dann doch zugetroffen haben oder zutreffen. Diese Voraussetzungen wurden mit "Anstachelung zum Rassismus" und "Unterstützung eines bewaffneten Kampfes gegen den Staat Israel durch einen feindlichen Staat oder eine Terrororganisation" benannt. Amnesty International findet es bedenklich, dass es der politischen Mehrheit durch die Gesetzesänderung erlaubt ist, gewählte Abgeordnete allein deswegen zu entlassen, weil die frei geäußerten politischen Meinungen dieser Abgeordneten nach ihrem Gutdünken so zu interpretieren sind, dass sie unter die oben genannten Bedingungen fallen, selbst wenn die tatsächlichen Handlungen und Aussagen dieser Abgeordneten rechtmäßig und in keiner Weise Gegenstand eines strafrechtlichen oder gerichtlichen Verfahrens sind.

Die Änderung des Gesetzes hatte ihren Ursprung in einem Vorschlag der als "Haneen Zoabi Gesetz" bekannt ist, und nimmt Bezug auf die frühere Knesset-Abgeordnete der *Balad*-Partei Haneen Zoabi. Sie hatte während der israelischen Militäroperation im Gazastreifen im Jahr 2014 eine Bemerkung gemacht, die angeblich ihre Unterstützung für die Hamas zum Ausdruck brachte. Der daraufhin folgende Gesetzesvorschlag war von Premierminister Benjamin Netanyahu unterstützt worden **30** und konnte später im Zuge einer öffentlichen Kontroverse über ein Treffen zwischen drei Mitgliedern der Knesset aus der *Balad*-Partei, darunter Haneen Zoabi, und mehreren palästinensischen Familien, an Fahrt gewinnen. Die Familien hatten sich um die Auslieferung der Leichen ihrer Angehörigen bemüht. Diese waren, nachdem sie Israelis attackiert hatten oder dessen beschuldigt wurden, von israelischen Truppen getötet worden. **31**

Haaretz, Israel's attorney general urged to probe Likud hidden cameras in Arab polling stations (Israels Generalstaatsanwalt unter Druck, versteckte Kameras von Likud in arabischen Wahllokalen gründlich zu nachzugehen), 11. April 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/.premium-ag-urged-to-probe-violation-after-likud-places-hidden-cameras-in-arab-polling-sites-1.7110075

25 *The Times of Israel, Likud admits deploying cameras at polling stations to monitor 'problem Arabs' (Likud gibt Installation von Kameras zur Beobachtung von 'Problem-Arabern' in Wahllokalen zu)*, 9. April 2019, www.timesofisrael.com/likud-admits-hiding-cameras-at-polling-stations-to-monitor-problem-arabs/

26 Amnesty International, Interview mit MK Mtanes Shehadeh, Nazareth, 15. April 2019

27 Online Politikmagazin *Foreign Policy, How Israel Marginalizes Its Arab Citizens (Wie Israel seine arabischen Staatsbürger marginalisiert)*, 15. April 2018, foreignpolicy.com/2019/04/15/how-israel-marginalizes-its-arab-citizens/

28 *Haaretz, Israel's Arab Parties to Resurrect Joint List in Bid to Regain Seats (Arabische Parteien Israels wollen gemeinsame Liste wieder aufleben lassen, um Sitze zurückzugewinnen)*, 20. Juni 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/.premium-israel-s-arab-parties-agree-to-merge-forces-ahead-of-upcoming-election-1.7396627

29 Grundgesetz: Die Knesset (Änderung Nr. 44), 2016, fs.knesset.gov.il/20/law/20_Isr_347851.pdf (auf Hebräisch). Eine Zusammenfassung findet sich bei Adalah, *Expulsion of MKs' Law - Amendment No. 44 to Basic Law: Knesset (Ausschluss von Knesset-Mitgliedern – Änderung Nr. 44 zum Grundgesetz)*, 2016, www.adalah.org/en/law/view/599

30 *The Times of Israel, Netanyahu lends support to 'Hanin Zoabi bill' (Netanyahu gewährt 'Haneen Zoabi Gesetz' seine Unterstützung)*, 25. November 2014, www.timesofisrael.com/netanyahu-lends-support-to-zoabi-bill/

31 *Haaretz, Netanyahu calls for punitive measures against Arab MKs who visited families of terrorists (Netanyahu fordert Strafmaßnahmen gegen arabische Knesset-Mitglieder, die Familien von Terroristen besuchten)*, 4. Februar 2016, www.haaretz.com/israel-news/.premium-pm-punish-arab-mks-who-visited-families-of-terrorists-1.5400324

Die Stellungnahmen verschiedener Knesset-Mitglieder im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zeigten, dass dieser Gesetzentwurf vor allem auf palästinensische Abgeordnete abgezielt war. Während einer parlamentarischen Anhörung, bei der am 20. Februar 2016 der Gesetzentwurf vorgestellt wurde, behauptete der Vorsitzende des Verfassungs-, Rechts- und Justizausschusses der Knesset MK Nissan Slomiansky aus der Partei *Jewish Home* mit Blick auf die drei palästinensischen Abgeordneten der *Balad*-Partei, dass „es Mitglieder in diesem Hause gibt, die den Terrorismus unterstützen und sich mit dem Terrorismus identifizieren“.³² In der gleichen Anhörung fragte der Abgeordnete Miki Zohar der regierenden *Likud*-Partei in Bezug auf Reden oder Handlungen, die als staatsfeindlich wahrgenommen werden, ob „wir arabische Knesset-Mitglieder nicht suspendieren sollten, wenn sie in dieser Weise gegen den Staat reden und handeln?“

Im Mai 2018 wies der Oberste Israelische Gerichtshof eine Eingabe zurück, die von den Menschenrechtsgruppen *Adalah* und *ACRI* und dem palästinensischen Knesset-Abgeordneten Yousef Jabareen aus der *Hadash*-Partei eingereicht worden war, und argumentierte, dass die Änderung des Gesetzes stattgefunden habe, obwohl sie anerkanntermaßen einen Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet.³³ Sawsan Zaher, die stellvertretende Generaldirektorin von *Adalah* erklärte Amnesty International: „Der Oberste Gerichtshof ist auf unsere Argumente der Diskriminierung und Verletzung von Minderheitenrechten nicht eingegangen. Das Urteil des Gerichtes hat in keiner Weise analysiert, wie sich das Gesetz auf arabische Knesset-Mitglieder auswirkt und das Wort 'Araber' wurde in der Entscheidung tatsächlich noch nicht einmal erwähnt.“³⁴

Amnesty International betrachtet die Gesetzesänderung als eine unangemessene Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung von Parlamentariern, vor allem ihres Rechtes, politische Ansichten zu äußern, die der Mehrheit der Abgeordneten inakzeptabel erscheinen mögen und die daher als Vorwand genutzt werden könnten, sie aus der Knesset auszuschließen. Die Organisation ist überzeugt, dass das Gesetz die Möglichkeiten von Parlamentariern behindert, die Belange ihrer Wählerschaft wirksam zu vertreten, was auf Repräsentanten von Minderheitengruppen im Besonderen gilt. Obwohl der Text nicht ausdrücklich auf eine bestimmte Gruppe hinweist, diskriminiert er indirekt solche Knesset-Mitglieder, die palästinensische oder andere Minderheitengruppen repräsentieren und aufgrund ihrer politischen Partizipation grundsätzlich in Gefahr sind, ins Zielvisier zu geraten.

Die Änderung des Gesetzes hat bis jetzt zwar noch nicht dazu geführt, dass Parlamentarier aus der Knesset ausgeschlossen wurden, sie hat aber eine abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung erreicht. Die palästinensische Abgeordnete Aida Touma-Suleiman von der *Hadash*-Partei beschrieb den Text des Gesetzes als „ein Schwert, das in den Händen von Knesset-Mitgliedern, die uns politisch entgegenstehen, über unseren Köpfen baumelt.“³⁵

Andere Gesetzesänderungen, die in den letzten Jahren vorgeschlagen wurden, liefen ebenfalls Gefahr, die Rechte von Minderheitengruppen auf freie Meinungsäußerung und politische Teilhabe zu untergraben.³⁶ Im Jahr 2015 legten Abgeordnete einen Entwurf vor, der darauf abzielte, die Finanzierung politischer Parteien zu blockieren, die einen Boykott Israels oder seiner Siedlungen unterstützen.³⁷ Im Jahr 2016 schlug ein anderes Gesetz vor, Parteien und Kandidaten, die der Zentrale Wahlausschuss von einer Wahlteilnahme ausgeschlossen hatte, daran zu hindern, diese Entscheidung gerichtlich überprüfen zu lassen.³⁸ Im Jahr 2017 präsentierte sich eine Initiative, die den vorhandenen Treueid anpassen und Knesset-Mitglieder verpflichten wollte, dem Staat Israel als jüdischem Staat Gefolge zu leisten.³⁹ Diese Vorschläge wurden alle nicht zur Abstimmung in der Knesset zugelassen, können dort aber jederzeit wieder zur Diskussion gestellt werden.

³² Die Anhörung des Verfassungs-, Rechts- und Justizausschusses, 10. Februar 2016, fs.knesset.gov.il/20/Committees/20_ptv_321902.doc (auf Hebräisch); *We'll suspend all the terrorist supporters (Wir werden alle Terror-Unterstützer suspendieren)*, 11. Februar 2016, www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/207860#.VrwxgPmLTIU

³³ Oberster Gerichtshof, 5744/16, *Ben Meir ./. Knesset*, Urteil, 27. Mai 2018, im Internet (auf Hebräisch) verfügbar unter: supremedecisions.court.gov.il/Home/Download?path=HebrewVerdicts\16\440\057\v17&fileName=16057440.V17&type=4 siehe auch *Adalah, MK Jabareen, Adalah, ACRI petition Israeli Supreme Court against expulsion of Members of Knesset Law (Knesset-Mitglied Jabareen, Adalah, ACRI legen Petition beim Obersten Israelischen Gerichtshof gegen das Gesetz zum Ausschluss von Mitgliedern aus der Knesset ein)*, 2. Januar 2017, www.adalah.org/en/content/view/8987;

Haaretz, Israel's top court upholds law to remove lawmakers from office (Israels Spitzengericht behält Gesetz bei, das Abgeordnete aus dem Amt entfernen kann), 27. Mai 2018, www.haaretz.com/israel-news/top-court-rejects-bid-against-law-to-remove-lawmakers-from-office-1.61191323

³⁴ Amnesty International, Interview mit Sawsan Zaher, Haifa, 17. April 2019

³⁵ Amnesty International, Interview mit Aida Touma-Suleiman, Tel Aviv, 11. April 2019

³⁶ Siehe ACRI, *Overview of anti-democratic legislation advanced by the 20th Knesset (Überblick über anti-demokratische Gesetze, die durch die 20ste Knesset vorangetrieben wurden)*, 2018, law.acri.org.il/en/wp-content/uploads/2018/10/Overview-of-Anti-Democratic-Legislation-October-2018.pdf

³⁷ Vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien (Finanzierung) - (Rückruf der Finanzierung von Parteien, die zu eine, Boykott gegen den Staat Israel auffordern), 2015, fs.knesset.gov.il/20/law/20_ist_315932.docx (auf Hebräisch)

³⁸ Vorgeschlagene Änderung am Grundgesetz: Die Knesset (Ablehnung der Befugnis des Obersten Israelischen Gerichtshofs, in die Entscheidung des Zentralen Wahlausschusses hinsichtlich der Zulassung oder Ablehnung eines Kandidaten oder einer Liste zur Teilnahme an der Wahl einzugreifen), 2016, fs.knesset.gov.il/20/law/20_ist_389851.docx (auf Hebräisch)

³⁹ Vorgeschlagene Änderung am Grundgesetz: Die Knesset (Gefolgschaftserklärung), 2017, fs.knesset.gov.il/20/law/20_ist_369571.docx (auf Hebräisch)

KNESSET-REGELN MIT DISKRMINIERENDEN FOLGEN

Knesset-Regeln, die vorgeblich in Kraft sind, um ethische Verhaltensnormen unter den Knesset-Abgeordneten durchzusetzen, werden benutzt, um das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken, was sich auf palästinensische Abgeordnete in der Knesset auf diskriminierende Art und Weise auswirkt.

Im Januar 2018 verabschiedete der Parlamentsausschuss der Knesset eine angepasste Version der Ethik-Regeln für das Parlament. Diese erlauben der Knesset-Ethikkommission, die aus amtierenden Abgeordneten besteht, Knesset-Mitgliedern die Genehmigung für eine Reise ins Ausland zu verweigern, wenn diese Reise durch „eine Stelle finanziert ist, die zu einem Boykott des Staates Israel aufruft“. ⁴⁰ Amnesty International hat niemals zu einem bestimmten Boykott aufgerufen oder einen solchen unterstützt, weder gegen Israel noch gegen einen anderen Staat oder ein Unternehmen. Die Organisation betrachtet das Eintreten für Boykotte jedoch als eine Form der freien Meinungsäußerung, die geschützt werden muss. Folglich ist Amnesty International darüber besorgt, dass die Gesetzesänderung die Möglichkeiten von Parlamentariern einschränkt, ins Ausland zu reisen, um dort ihren legitimen politischen Aktivitäten nachzugehen, und zwar alleine aufgrund der politischen Ansichten jener Organisation, die diese Reise finanziert.

Die Abgeordneten müssen schon seit langem die Zustimmung des Ethik-Ausschusses einholen, um für Auslandsreisen im Zuge ihrer Arbeit für das öffentliche Gemeinwohl Gelder zu erhalten. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass alle Reisen die Anforderungen an die Tätigkeiten von Knesset-Mitgliedern erfüllen und Finanzierungen durch Privatpersonen oder Unternehmen verhindern, die Interessenskonflikte erzeugen könnten. Debbie Gild-Hayo, die Leiterin der Abteilung Strategie und Advocacy bei ACRI, erklärte Amnesty International, dass der parlamentarische Prozess zur Bewilligung von Auslandsreisen „ursprünglich die Transparenz und die Integrität fördern sollte“, jetzt aber „begonnen“ habe, „darüber zu bestimmen, welche politische Meinungen legitim sind und welche nicht. So ist daraus in letzter Wirkung ein Mechanismus zur politischen Verfolgung geworden“. ⁴¹

Im März 2018 verbot der Ethik-Ausschuss zum ersten und bislang einzigen Mal zwei Knesset-Mitgliedern mit Mitteln bestimmter NGOs ins Ausland zu reisen. Die Abgeordnete Yousef Jabareen und die damalige Abgeordnete Haneen Zoabi hätten ins Ausland reisen sollen, um dort an Konferenzen teilzunehmen und Vorträge zu halten. Yousef Jabareen von der Partei *Hadash* hatte einen Besuch in den USA geplant. Die Reise war von *Jewish Voice for Peace* finanziert worden, einer NGO mit Sitz in den USA. Die damalige Knesset-Abgeordnete Haneen Zoabi plante, mit Mitteln der *Irland-Palästina Solidaritätskampagne*, eine NGO, die in Irland angesiedelt ist, eine Irlandreise.

Die Entscheidungen zur Verweigerung der Reisegenehmigung für die beiden Abgeordneten beruhten auf einer "Schwarzen Liste", die das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten über ausländische Organisationen zusammengestellt hat, die als Unterstützer von Boykotten gegen Israel betrachtet werden. ⁴² Am 22. April 2018 reichte der Abgeordnete Yousef Jabareen zusammen mit *Adalah* eine gemeinsame Petition beim Obersten Israelischen Gerichtshof ein, um diese Entscheidungen aufheben zu lassen. Ein endgültiges Urteil des Gerichts in dieser Sache steht noch aus. ⁴³

Gegenüber Amnesty International kommentierte die Knesset-Abgeordnete Aida Touma-Suleiman von der *Hadash*-Partei die Änderung der Ethikregeln so: „Jedermann weiß, dass wir nicht in der Lage sein werden, unsere Vortragsreisen ins Ausland alleine zu finanzieren; diese Regelung ist ein Versuch, eines der wichtigsten Werkzeuge von Parlamentariern, über das sie ihre Ansichten vertreten und verschiedene Zuhörerkreise erreichen können, zu beschränken“.

Zudem suspendiert der Ethik-Ausschuss der Knesset palästinensische Abgeordnete vom Dienst, weil sie ihre legitimen Funktionen als Abgeordnete unter Einbeziehung ihrer Wählerschaft erfüllt haben. Im Februar 2016 schloss der Ethik-Ausschuss drei palästinensische Parlamentarier der *Balad*-Partei von den Diskussionen und Ausschussanhörungen der Knesset aus, nachdem er befunden hatte, dass die Teilnahme dieser Abgeordneten an einer Schweigeminute einen Ausdruck der Unterstützung von Gewalt darstellte. Die Schweigeminute hatte während eines Treffens mit palästinensischen Familien stattgefunden, deren Kinder von israelischen Soldaten getötet worden waren, nachdem sie - mutmaßlich oder tatsächlich - Angriffe auf Israelis durchgeführt hatten. ⁴⁴

Zu diesen drei Abgeordneten hatte der Ethik-Ausschuss über 450 Beschwerden erhalten, auch von Premierminister Benjamin Netanyahu. In der Folge schloss der Ethik-Ausschuss die frühere Abgeordnete Haneen Zoabi und den Abgeordneten Basel Ghattas für vier Monate sowie den damaligen Abgeordneten Jamal Zahalka für zwei Monate aus der Knesset aus.

⁴⁰ Knesset, *Ethische Regeln für Mitglieder der Knesset*, main.knesset.gov.il/Activity/committees/Ethics/Documents/EthicsRules.pdf (auf Hebräisch)

⁴¹ Amnesty International, Interview mit Debbie Gild-Hayo, Haifa, 8. April 2019

⁴² Die Knesset, *MK Kisch calls to ban MK trips abroad that are funded by BDS organizations (Knesset-Abgeordneter Kisch fordert Verbot von Abgeordnetenreisen, die durch BDS-Organisationen finanziert sind)*, 18. Januar 2018, m.knesset.gov.il/EN/News/PressReleases/pages/Pr13728_pg.aspx; *The Times of Israel*, *In first, Knesset bars MKs from traveling on pro-boycott groups' dime (Zum ersten Mal: Knesset verbietet Abgeordneten Reisen auf Kosten von Pro-Boykott-Gruppen)*, 14. März 2018, www.timesofisrael.com/in-first-knesset-bars-mks-from-traveling-on-pro-boycott-groups-dime/

⁴³ *Adalah*, *Israeli Supreme Court issues order in MK Jabareen Jewish Voice for Peace travel case (Oberster Israelischer Gerichtshof gibt Anordnung im Fall der Friedensreise des Knessetabgeordneten Jabareen über Jewish Voice for Peace heraus)*, 7. Juni 2018, www.adalah.org/en/content/view/9537

⁴⁴ *The Irish Times*, *Israeli-Arab politicians suspended over visits to Palestinian families (Israelisch-arabische Politiker wegen Besuchen bei palästinensischen Familien suspendiert)*, 9. Februar 2016, www.irishtimes.com/news/world/middle-east/israeli-arab-politicians-suspended-over-visits-to-palestinian-families-1.2528598

Die drei Knesset-Abgeordneten wiesen den Vorwurf der Unterstützung von Gewalt zurück und erklärten, dass der Grund für das Treffen mit den Familien darin lag, diesen bei der Beschaffung der Leichen ihrer toten Angehörigen zu helfen, die ihnen von den israelischen Behörden nicht zur Beerdigung ausgehändigt worden waren. Wie die Abgeordneten sagten, wurden ihnen nur ein Tag Zeit gegeben, um sich auf die Anhörung vor dem Ethik-Ausschuss vorzubereiten. Die Interparlamentarische Union (IPU), der auch die Knesset angehört, überprüfte den Fall, nachdem die drei Parlamentarier dort im März 2016 eine Beschwerde eingereicht hatten. Im Februar 2019 befand der zuständige Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentariern der IPU, dass der Ausschluss der Abgeordneten aus der Knesset "nicht gerechtfertigt" war und gegen die Rechte auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung der Betroffenen verstoßen hatte.⁴⁵

Die Anwendung disziplinarischer Maßnahmen gegen palästinensische Knesset-Mitglieder erscheint besonders diskriminierend, weil jüdisch-israelische Abgeordnete wegen ihrer Treffen mit den Familien jüdischer Zivilisten, die gewaltsame Angriffe auf Palästinenser verübt haben, mit ähnlichen Konsequenzen nicht konfrontiert sind. Im Jahr 2015 traf sich die Knesset-Abgeordnete Ayelet Shaked von der Partei *Jewish Home*, die zum damaligen Zeitpunkt israelische Justizministerin war, mit der Mutter eines israelischen Jugendlichen, der verdächtigt wurde, im Jahr 2014 in der Stadt Duma im Bezirk Nablus im besetzten Westjordanland drei Palästinenser infolge eines Brandanschlags getötet zu haben.⁴⁶ Der Anschlag war von der israelischen Regierung als "Terrorakt" etikettiert worden. Ayelet Shaked musste sich keinerlei disziplinarischen Maßnahmen stellen.

DAS SCHEITERN VON GESETZENTWÜRFEN AUS POLITISCHEN GRÜNDEN

Während des Gesetzgebungsverfahrens, das am 19. Juli 2018 zur Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" führte, schlugen mehrere palästinensische Knesset-Abgeordnete eine alternative Definition des Staates Israel als „ein Land für alle seine Bürger“ vor. In Reaktion darauf, verhinderte das Präsidium der Knesset, ein Gremium, das aus dem Sprecher der Knesset und seinen Stellvertretern besteht, dass der Gesetzentwurf in die parlamentarische Debatte gelangte. Das Knesset-Präsidium argumentierte, der Gesetzesvorschlag würde Israels Definition als jüdischer Staat negieren.⁴⁷

Eine von *Adalah* im Juni 2018 eingereichte Eingabe an den Obersten Israelischen Gerichtshof gegen die Entscheidung, den Gesetzentwurf von vornherein abzulehnen, wurde am 30. Dezember 2018 vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen.⁴⁸ Das Gericht beschloss, dass die Auflösung der Knesset, die wenige Tage zuvor am 26. Dezember 2018 stattgefunden hatte, die Eingabe zu einer nur in der Theorie existierenden Frage gemacht habe, und fügte keinerlei Kritik oder Kommentar über die Ausschließung des Gesetzesvorschlages durch das Knesset-Präsidium bei. „Der Oberste israelische Gerichtshof hat den Fall verzögerte und ist zu keiner zügigen Entscheidung gekommen, die es den Knesset-Abgeordneten ermöglicht hätte, ihre politischen Handlungen störungsfrei durchzuführen und ihre Gesetzesvorschläge auf den Tisch zu bringen; damit hat der Gerichtshof die Einschränkungen, die arabischen Knesset-Mitgliedern auferlegt wurden, faktisch legitimiert und sich auch selbst daran beteiligt,“ erklärte Sawsan Zaher Amnesty International.⁴⁹

Den Verfahrensregeln der Knesset entsprechend „darf“ das Knesset-Präsidium „einen Gesetzesvorschlag nicht bewilligen, wenn dieser seiner Meinung nach die Existenz des Staates Israel als Staat des jüdischen Volkes leugnet, oder wenn er seinem Wesen nach rassistisch ist.“⁵⁰

⁴⁵ Interparlamentarische Union, *Israel - Decision adopted by the Committee on the Human Rights of Parliamentarians at its 158th session (Israel - Entscheidung des Ausschusses für die Menschenrechte von Parlamentariern auf seiner 158sten Sitzung verabschiedet)*, 8. Februar 2019, www.ipu.org/sites/default/files/documents/d-israel-158-e.pdf

Die Interparlamentarische Union hat festgestellt, dass die „drei Mitglieder der Knesset sich mit den palästinensischen Familien als Teil der legitimen Ausübung ihrer parlamentarischen Funktionen getroffen haben, um diesen bei der Rückforderung der Leichen ihrer verstorbenen Söhne zu helfen“ und dass „die drei Parlamentarier an einer Schweigeminute teilgenommen haben, die entsprechend ihrem kulturellen und religiösen Erbe als gewohnheitsmäßige Praxis generell aus Respekt vor Verstorbenen durchgeführt wird, ungeachtet der Frage, unter welchen Umständen diese ums Leben gekommen sind.“

⁴⁶ +972 Magazine, *Jewish politicians meet with terrorist families too (Auch jüdische Politiker treffen sich mit Familien von Terroristen)*, 7. Februar 2016, 972mag.com/jewish-politicians-meet-with-terrorist-families-too/116779/

⁴⁷ Haaretz, *Knesset council bans bill to define Israel as state for all its citizens (Knesset-Gremium schließt Gesetzentwurf aus, der Israel als Staat für alle seine Bürger definiert)*, 4. Juni 2018, www.haaretz.com/israel-news/.premium-knesset-council-bans-bill-to-define-israel-as-state-for-all-citizens-1.6145333

⁴⁸ *Adalah*, *Adalah heads to Supreme Court after Knesset speaker, deputies nix legislation of Arab MKs' bill declaring Israel 'state of all its citizens' (Adalah richtet sich an Obersten Israelischen Gerichtshof, nachdem Knesset-Sprecher und Vertreter Gesetzesvorschlag arabischer Knesset-Abgeordneter, das Israel zu 'Staat aller seiner Bürger' erklärt, ausschließen)*, 11. Juni 2018, www.adalah.org/en/content/view/9541 (in Oberster Gerichtshof 4552/18, *Jahalka* ./ *Knesset*, Urteil, 30. Dezember 2018);

Adalah, *Israeli Supreme Court refuses to allow discussion of full equal rights & 'state of all its citizens' bill in Knesset (Oberster Israelischer Gerichtshof weigert sich, Diskussion über volle Gleichberechtigung und 'Staat für alle seiner Bürger'- Gesetzesvorschlag in Knesset zu erlauben)*, 30. Dezember 2018, www.adalah.org/en/content/view/9660

⁴⁹ Amnesty International, Interview mit Sawsan Zaher, Haifa, 17. April 2019

⁵⁰ Knesset Verfahrensregeln, 14. Juni 2018, knesset.gov.il/rules/eng/ChapterG2.pdf (inoffizielle Übersetzung ins Englische)

Der Entwurf enthielt mehrere Artikel, die den Charakter des Staates Israel von dem eines Nationalstaats des jüdischen Volkes zu einem Staat ändern sollten, in dem Juden und Araber vom Standpunkt der Nationalität aus gesehen, einen gleichberechtigten Status genießen. Der Beschluss, den Gesetzentwurf abzulehnen, beruhte allerdings auf einer bestimmten politischen Haltung. Nach Amnesty Internationals Einschätzung wirkt sich diese Entscheidung diskriminierend auf palästinensische Knesset-Mitglieder mit alternativen Sichtweisen aus, offenbar aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, und unterminierte damit auch ihr Recht auf freie Meinungsäußerung.

Die Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" (formell bezeichnet als *Grundgesetz: Israel als der Nationalstaat des jüdischen Volkes*) läuft Gefahr, weitere solche diskriminierenden Beschlüsse gegen die Zulassung von Gesetzesvorschlägen zu ermöglichen. Gesetze vorzuschlagen ist „das Geringste, das arabische Knesset-Abgeordnete unternehmen können, um ihrer Sicht der Dinge und der einzigartigen Stimme der arabischen Bürger*innen, die sie repräsentieren, eine Plattform und eine öffentliche und legitime Debatte zu bieten,“ erläuterte Sawsan Zaher Amnesty International.⁵¹

Seit dem Jahr 2011 wies das Knesset-Präsidium noch drei weitere Gesetzesvorschläge ab, die mit den Rechten oder politischen Zielen von Palästinenser*innen zusammenhingen. Alle drei hatte der palästinensische Abgeordnete Ahmed Tibi von der Partei *Ta'al* eingereicht. Erst sollte das *Gesetz über die Budgetierung von Stiftungen (Verleugnung der Nakba)* geändert werden, das am 7. Juli 2011 abgelehnt wurde; dann folgten ein Gesetz mit dem Titel *Al-Quds – Die Hauptstadt Palästinas und der Islamischen Nation* sowie eine Änderung des *Staatlichen Bildungsgesetzes (Inhalte und Definitionen in den Schulbüchern)*, diese beide wurden am 16. Januar 2012 zurückgewiesen.⁵²

Zuvor hatte das Präsidium selten dafür gesorgt, dass Gesetzesvorschläge nicht in die parlamentarische Abstimmung gelangten. Unter den Beispielen blockierter Gesetzentwürfe aus der Zeit von 2011 befindet sich einer, der vorschlug, dass der israelische Premierminister ein Jude sein müsse, was am 4. Februar 1997 abgelehnt wurde, und ein anderer, der als "Auge-um-Auge-Gesetz" bekannt wurde und ein Mandat für die Räumung von palästinensischen Örtlichkeiten ersuchte, für den Fall dass die israelische Regierung gezwungen wäre, jüdische Siedlungen in den Golan-Höhen zu evakuieren. Dieser Vorschlag wurde am 8. November 2004 zurückgewiesen.

ENTWERTENDE AUSSAGEN GEGEN PALÄSTINENSISCHE PARLAMENTARIER

Palästinensische Knesset-Abgeordnete sind mit hetzerischen Aussagen von hochrangigen israelischen Regierungsvertretern und anderen Abgeordneten konfrontiert, die ihnen und ihrer Arbeit offenkundig jede Legitimation nehmen wollen.

Yariv Levin, der damalige Tourismusminister, sagte Berichten zufolge am 27. August 2018, dass palästinensische Abgeordnete, die die Vereinten Nationen aufforderten, Israel wegen der Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" zu verurteilen, wegen "Landesverrats" verklagt werden sollten.⁵³ Avigdor Liberman, der damalige Verteidigungsminister, wurde am 21. Mai 2018 mit der Anschuldigung zitiert, dass der palästinensische Knesset-Abgeordnete Ayman Odeh von der Partei *Hadash* und seine Genossen eine "fünfte Kolonne" seien und dass sie wegen ihrer Unterstützung einer Demonstration in Haifa gegen die Tötung palästinensischer Protestierender im Gazastreifen durch israelische Truppen in Zusammenhang mit den Protesten zu Großen Marsch der Rückkehr geächtet werden sollten.⁵⁴ Die damalige Kulturministerin Miri Rebeiv bezeichnete die frühere palästinensische Knesset-Abgeordnete Haneen Zoabi als "Verräterin", nachdem diese die Opposition im Parlament der Heuchelei bezichtigt hatte, weil sie sich unfähig zeigte hatte, aufrecht gegen den Rassismus auf die Barrikaden zu gehen.⁵⁵

Haneen Zoabi fasste ihren Eindruck von der Situation gegenüber Amnesty International wie folgt zusammen: „Palästinensische Knesset-Mitglieder sind vonseiten israelischer Behörden, der Knesset selbst und durch die Medien mit sich auftürmenden Schmutzkampagnen, Hetzreden und anderen Versuchen konfrontiert, sie und ihre Arbeit zu delegitimieren. Das palästinensische Volksvertreter so ins Visier

⁵¹ Amnesty International, Interview mit Sawsan Zaher, Haifa, 17. April 2019

⁵² Siehe *The Jerusalem Post*, *Tibi bills disqualified for undermining Jewish state (Tibi Vorschläge wegen Untergrabung des jüdischen Staates abgewiesen)*, 16. Januar 2012, www.jpost.com/Diplomacy-and-Politics/Tibi-bills-disqualified-for-undermining-Jewish-state#/; Adalah, *SC dismisses MK Tibi's petition against Knesset's refusal to hear Nakba Bill (Oberster Gerichtshof weist Petition von Knesset-Abgeordnetem Tibi gegen Knessets Weigerung zur Anhörung von Nakba-Gesetz ab)*, 5. Februar 2013, www.adalah.org/en/content/view/7928

⁵³ *The Times of Israel*, *Minister urges prosecution of Arab MK 'traitors' who seek UN censure of Israel (Minister drängt auf strafrechtliche Verfolgung von Knesset 'Verrätern, die um UN-Tadel für Israel ersucht hatten)*, 27. August 2018, www.timesofisrael.com/minister-urges-prosecution-of-arab-mk-traitors-who-seek-un-censure-of-israel/

⁵⁴ *The Times of Israel*, *Defense minister: Top Arab MK, colleagues a 'fifth column,' should be 'outlawed' (Verteidigungsminister: Arabische Spitzenabgeordnete, Kollegen eine 'fünfte Kolonne', sollten geächtet werden)*, 21. Mai 2018, www.timesofisrael.com/defense-minister-top-arab-mk-a-fifth-column-should-be-outlawed/

⁵⁵ Ynet, *Minister Regev to MK Zoabi: Go to Gaza, traitor (Minister Regev zu Knesset-Abgeordneter Zoabi: Geh nach Gaza, Verräterin)*, 27. Dezember 2017, www.ynetnews.com/articles/0,7340,l-5062676,00.html

genommen werden, scheint Teil des Bemühens zu sein, ihre Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben in Israel zu verhindern.“⁵⁶

Während der Wahlen im April 2019, wurden palästinensische Knesset-Abgeordnete zusammen mit anderen palästinensischen Bürgern des Staates Israel zur Zielscheibe weiterer einschüchternder Kommentare von hochrangigen Regierungsvertretern. Premierminister Benjamin Netanyahu sagte bemerkenswerterweise: „Israel ist kein Staat für alle seine Bürger ... es ist allein der Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Palästinensische Parteien stellte Netanyahu so dar, als wollten sie den Staat Israel auslöschen.⁵⁷

Das Arabische Zentrum zur Förderung der sozialen Medien (7amleh/ Arab Centre for Social Media Advancement) führte eine Analyse von über 450.000 rassistischen Ausdrücken, Beleidigungen und Aufwiegeleien gegen Palästinenser während des Jahres 2018 in den sozialen Medien durch und fand heraus, dass Gewaltausdrücke vorrangig gegen palästinensische Parteien und die palästinensischen Knesset-Abgeordneten Aimen Odeh und Ahmed Tibi gerichtet waren, vor allen um die Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" herum.⁵⁸

DIE RECHTE AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG, TEILHABE AN DEN ÖFFENTLICHEN ANGELEGENHEITEN UND NICHT-DISKRIMINIERUNG NACH DEN INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSNORMEN

Das Recht auf freie Meinungsäußerung stellt das Vehikel bereit für den Austausch und die Entwicklung von Meinungen und ermöglicht dem Einzelnen, nach Informationen und allen Arten von Idee zu suchen, diese zu erhalten und sie weiterzugeben. Es ist verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte⁵⁹ und im Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/International Covenant on Civil and Political Rights*),⁶⁰ denen Israel jeweils als Vertragsstaat angehört.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt für Informationen und Ideen jeder Art einschließlich solcher, die die Öffentlichkeit schockieren oder verstören könnten. Zwar ist das Recht auf freie Meinungsäußerung kein absolutes, unantastbares Recht, die Staaten müssen jedoch dafür Sorge tragen, dass etwaige Einschränkungen anhand von gesetzlichen Regelungen verhängt werden und dass diese notwendig und der Verhältnismäßigkeit nach einem legitimen Ziel wie dem Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Gesundheit oder Moral oder dem Schutz der Rechte anderer angemessen sind.⁶¹ Die Staaten stehen in der Pflicht, das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht nur zu respektieren, sondern es auch zu schützen und Verstöße gegen dieses Recht vonseiten nicht-staatlicher Akteure zu verhindern.⁶² Der Staat muss gegen alle Übergriffe vorgehen, durch die Personen zum Schweigen gebracht werden sollen, die sich eigentlich äußern möchten, und er muss diesen Übergriffen nachgehen und den Opfern geeignete Rechtsmittel an die Hand geben.

Darüber hinaus und entsprechend des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte als auch anhand der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, der Israel ebenfalls als Vertragsstaat angehört, müssen die Staaten sicherstellen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ohne Diskriminierung wahrgenommen werden kann, und zwar auch ohne jede Diskriminierung aufgrund der nationalen oder ethnischen Herkunft oder der politischen Überzeugung, und er muss dafür Sorge tragen, dass Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung nicht in diskriminierender Weise beschlossen werden können.⁶³

⁵⁶ Amnesty International, Interview mit Haneen Zoabi, 12. August 2019.

⁵⁷ Haaretz, *Netanyahu blasts Gantz-Lapid alliance: They rely on Arab parties intent on destroying Israel (Netanyahu sprengt Gantz-Lapid Allianz: Sie stützen sich auf arabische Parteien, die darauf aus sind, Israel zu zerstören)*, 21. Februar 2019, www.haaretz.com/israel-news/elections/netanyahu-blasts-gantz-lapid-they-rely-on-arab-parties-who-want-to-destroy-israel-1.6958943; US-amerikanisches Online-Politikmagazin *Foreign Policy*, *How Israel Marginalizes Its Arab Citizens (Wie Israel seine arabischen Bürger marginalisiert)*, 15. April 2018, foreignpolicy.com/2019/04/15/how-israel-marginalizes-its-arab-citizens/

⁵⁸ Arabisches Zentrum zur Förderung der sozialen Medien (7amleh/ Arab Centre for Social Media Advancement), *The index of racism and incitement in Israeli social media 2018: An inciting post against Palestinians every 66 seconds (Das Ausmaß von Rassismus und Hetze in israelischen Medien: Alle 66 Sekunden eine Hetzbotschaft gegen Palästinenser)*, 11. März 2019, 7amleh.org/2019/03/11/the-index-of-racism-and-incitement-in-israeli-social-media-2018-an-inciting-post-against-palestinians-every-66-seconds/ Die Verwendung dieser Ausdrücke erreichte in der Zeit der Inkraftsetzung des Grundgesetzes: Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes ihren Höhepunkt.

⁵⁹ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 19

⁶⁰ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/ International Covenant on Civil and Political Rights*), Artikel 19

⁶¹ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/ International Covenant on Civil and Political Rights*), Artikel 19 (3) und Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, *Allgemeiner Kommentar Nr. 34: Artikel 19: Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung*, 12. September 2011, UN-Dokument CCR/C/GC/34, Abs. 21-23.

⁶² Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, *Allgemeiner Kommentar Nr. 34: Artikel 19, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung*, 12. September 2011, UN-Dokument CCR/C/GC/34, Abs. 7, 11;

Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, *Allgemeiner Kommentar Nr. 31: Das Wesen der allgemeinen rechtlichen Verpflichtung, die den Vertragsstaaten des Paktes auferlegt ist*, 26. Mai 2004, UN-Dokument CCR/C/21/Rev.1/Add. 13, Abs. 4

⁶³ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR*), Artikel 2(1) und Internationale Konvention zur Beseitigung Aller Formen der Rassendiskriminierung (*ICERD/ International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination*), Artikel 5(d)(viii)

Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung und Gleichheit ist eine notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung aller Menschenrechte. Dementsprechend ist in den Internationalen Menschenrechtskonventionen die Grundregel festgeschrieben, dass jeder Einzelne in der Lage sein muss, seine Rechte ohne Diskriminierung wahrzunehmen.⁶⁴ Jede Diskriminierung untergräbt die Würde des Menschen und ist in den internationalen menschenrechtlichen Bestimmungen als eine nachteilige Behandlung ohne objektive Rechtfertigung definiert, die auf unzulässigen Gründen beruht, wie etwa aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der nationalen Herkunft, der politischen Überzeugung und anderer Merkmale.⁶⁵

Diskriminierung kann direkt oder indirekt sein. Eine indirekte Diskriminierung kann auch als Ergebnis anscheinend neutraler Gesetze oder Politiken auftreten und dabei bestimmte Gruppen unverhältnismäßig benachteiligen. Daraus folgend sind die Staaten verpflichtet, durch ihre Handlungen und Strategien niemanden zu diskriminieren, die gleichberechtigte Verwirklichung von Menschenrechten in einer Weise umzusetzen, die keine Diskriminierung in sich birgt, und alle diskriminierenden Rechtsvorschriften außer Kraft zu setzen.⁶⁶ Entscheidend ist dabei die weitere Verpflichtung der Staaten, jede Befürwortung von nationalistischen, rassistischen oder von religiösem Hass erfüllten Positionen, die einen Aufruf zu Gewalt, Feindseligkeit oder Diskriminierung beinhalten, zu verbieten.⁶⁷

Die freie Meinungsäußerung und das Verbot der Diskriminierung sind für Parlamentarier von besonderer Bedeutung. Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, das Gremium unabhängiger Experten, die die Umsetzung des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte durch die Vertragsstaaten überwachen, hat versichert, dass „die freie Kommunikation von Informationen und Ideen zu öffentlichen und politischen Fragen zwischen Bürgern, Kandidaten und gewählten Volksvertretern“ für die Realisierung des Rechts auf freie Meinungsäußerung „von wesentlicher Bedeutung ist“.⁶⁸ Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung könnten gewählte Abgeordnete an der Durchführung ihrer Mission und an der wirksamen Vertretung der Öffentlichkeit hindern, und sie könnten das Recht der Öffentlichkeit beschneiden, frei und ungehindert alternative Sichtweisen zu vertreten.

Außerdem steht die Diskriminierung gewählter Parlamentarier nicht nur im Widerspruch zu den Rechten auf Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung, sie könnte auch andere Menschenrechte von Einzelnen oder Gruppen untergraben, wie etwa das Recht auf eine gleichberechtigte Teilnahme an Wahlen und das Recht auf Teilhabe an der Ausrichtung von öffentlichen Angelegenheiten.⁶⁹ Diskriminierende Reden und die Beförderung von Hassgefühlen verlangen nach einer angemessenen Reaktion vonseiten der Regierung, vor allem wenn sie gegen gewählte Volksvertreter gerichtet sind und von offiziellen Regierungsmitgliedern verbreitet werden. Der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung, das Gremium unabhängiger Experten, welches die Umsetzung der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung durch seine Vertragsstaaten überwacht, hält fest: „Das Verbot der Verbreitung aller Ideen, die auf einer rassistischen Überlegenheit oder auf Rassenhass beruhen, ist mit den Rechten auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung nicht vereinbar.“⁷⁰

Zusätzlich zu Israels Verpflichtungen nach dem Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte und der Internationalen Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Nicht-Diskriminierung zu beachten, zu schützen und zu erfüllen, hat auch der Oberste Israelische Gerichtshof diese Rechte als fundamentale Rechte anerkannt, obwohl sie in Israels Grundgesetzen nicht vorkommen.⁷¹

⁶⁴ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/ International Covenant on Civil and Political Rights*), Artikel 2, 3 und 26 sowie die Konvention zur Beseitigung Aller Formen der Rassendiskriminierung (*CERD/ International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination*). Siehe auch die Internationale Konvention über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (*ICESCR/International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights*), Artikel 2 und 3 sowie die Konvention über die Rechte des Kindes (*CRC/International Convention on the Rights of the Child*), Artikel 2 und die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (*CRPD/Convention on the Rights of People with Disabilities*), Artikel 5 und 6

⁶⁵ Eine detaillierete Analyse der Definition von Diskriminierung in den internationalen Menschenrechtsnormen findet sich (auf Englisch) bei Amnesty International unter: *Dealing with difference: A framework to combat discrimination in Europe (Unterschiedlicher Umgang: Ein Rahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung in Europa)* AI-Index: EUR 01/003/2009, Kapitel 2

⁶⁶ Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung (*CERD/ Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination*), Artikel 2

⁶⁷ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/ International Covenant on Civil and Political Rights*), Artikel 20

⁶⁸ Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, *Allgemeiner Kommentar Nr. 34: Artikel 19, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung*, 12. September 2011, UN Doc. CCPR/C/GC/34, Abs. 20

⁶⁹ Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte (*ICCPR/ International Covenant on Civil and Political Rights*), Artikel 25; Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, *Allgemeiner Kommentar Nr. 25: Das Recht auf Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten, Wahlrechte und das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Diensten*, 12. Juli 1996, UN-Dokument CCPR/C/21/Rev.1/Add.7

⁷⁰ Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen, *Abschließende Beobachtungen des Ausschusses zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung: Israel*, 3. April 2012, UN-Dokument CERD/C/ISR/CO/14-16

⁷¹ Siehe Oberster Gerichtshof 75/53, *Kol Ha'am Co. Ltd. v. Minister of the Interior*, entschieden am 16. Oktober 1953, inoffizielle Übersetzung siehe unter versa.cardozo.yu.edu/sites/default/files/upload/opinions/Kol%20Ha%27am%20Co.%2C%20Ltd.%20v.%20Minister%20of%20the%20Interior.pdf; Oberster Gerichtshof 4541/94, *Miller v. Minister of Defence*, entschieden am 8. November 1994, versa.cardozo.yu.edu/opinions/miller-v-minister-defence (inoffizielle Übersetzung); Oberster Gerichtshof 6698/95, *Aadel Ka'adan v. Israeli Lands Administration*, entschieden am 8. März 2000, www.esccr-net.org/caselaw/2014/hc-669895-aadel-kaadan-v-israel-lands-administration-541-pd-258 (inoffizieller Auszug)

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Palästinensische Mitglieder der Knesset sind zunehmenden Bedrohungen ihrer freien Meinungsäußerung ausgesetzt. Diese Bedrohungen manifestieren sich in gesetzgeberischen Veränderungen, von denen einige bereits umgesetzt, andere noch in der Vorschlagsphase sind, sowie in Knesset-Regeln, die vorgeblich zur Durchsetzung ethischer Praktiken unter den Abgeordneten bestehen, und in der Ablehnung von Gesetzesvorschlägen im Parlament aus politischen Gründen. Diese Maßnahmen wirken sich in diskriminierender Weise besonders auf palästinensische Knesset-Mitglieder aus und haben im Ergebnis das Recht dieser Abgeordneten auf eine gleichberechtigte politische Teilhabe in Israel untergraben. Diese Abgeordneten sind auch immer wieder mit aufhetzerischen Aussagen von hochrangigen Regierungsvertretern und anderen Knesset-Mitgliedern konfrontiert, durch die sie und ihre Arbeit offenbar delegitimiert werden sollen.

Diese Bedrohungen sind an sich schon bedenklich, sie spiegeln aber auch die insgesamt Situation in Israel wieder, wo der Freiraum für Stimmen, die die Art und Weise des Umgangs der israelischen Regierung mit Palästinensern kritisch sehen, geschrumpft ist und wo sich die Diskriminierung palästinensischer Bürger durch Maßnahmen wie die Verabschiedung des "Nationalstaatsgesetzes" im Jahr 2018 in der Gesellschaft etabliert hat.

Im Licht all dessen gibt Amnesty International die folgenden Empfehlungen ab:

AN DIE ISRAELISCHE KNESSET

- Setzen Sie die Änderung außer Kraft, die im Jahr 2016 zu dem als *Grundgesetz: Die Knesset* bekannten Gesetz verabschiedet wurde, die es der Knesset erlaubt, gewählte Abgeordnete über einen Mehrheitsbeschluss ihrer Mitparlamentarier aus der Knesset auszuschließen.
- Verzichten Sie auf die Änderungen der Ethikregeln des Parlaments, die der Ethik-Kommission der Knesset erlauben, einem Mitglied des Parlaments keine Erlaubnis für eine Auslandsreise zu geben, wenn diese Reise „durch eine Stelle finanziert wird, die zu einem Boykott gegen den Staat Israel aufruft“.
- Beenden Sie die willkürlichen Angriffe durch die diskriminierende Anwendung der Ethik-Regeln des Parlaments auf palästinensische Knesset-Mitglieder, die einfach nur ihrer legitimen politischen Arbeit nachgehen.
- Setzen Sie Gesetze, die eine Diskriminierung palästinensischer Bürger*innen des Staates Israel ermöglichen, außer Kraft oder ändern Sie sie maßgeblich, auch das "Nationalstaatsgesetz" (bekannt als Grundgesetz: Israel als der Nationalstaat des jüdischen Volkes).
- Nehmen Sie Abstand davon, Gesetzesvorschläge aus diskriminierenden Gründen wie etwa aufgrund der politischen Überzeugung, abzulehnen.

AN DIE REGIERUNG DES STAATES ISRAEL

- Gewährleisten Sie, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung gewählter Volksvertreter ohne Diskriminierung respektiert wird und garantieren Sie, dass deren Aktivitäten nicht aus diskriminierenden Gründen wie etwa aufgrund ihrer politischen Meinung eingeschränkt werden.
- Unterlassen Sie die Verwendung sprachlicher Formulierungen, die palästinensischen Knesset-Mitgliedern ihre Berechtigung absprechen oder sie stigmatisieren soll; und wenden Sie sich öffentlich gegen solche Attacken durch andere Knesset-Mitglieder auf palästinensische Parlamentarier*innen.
- Setzen Sie einen verfassungsmäßigen Schutz des Prinzips der Nicht-Diskriminierung ein, indem Sie dieses Prinzip in Israels Grundgesetze einführen.

AN DIE REGIERUNGEN ANDERER STAATEN

- Gehen Sie aktiv allen Möglichkeiten nach, sich mit Parlamentarier*innen zu treffen, die die palästinensischen Bürger*innen des Staates Israel repräsentieren oder treten Sie öffentlich mit ihnen in Verbindung.
- Prangern Sie unbegründete, negative Narrative gegen palästinensische Knesset-Mitglieder an, einschließlich der irreführenden Anschuldigung, sie würden den Terrorismus unterstützen.

**AMNESTY INTERNATIONAL
IST EINE GLOBALE BEWEGUNG
FÜR DIE MENSCHENRECHTE.**

**WENN EINEM MENSCHEN
EIN UNRECHT GESCHIEHT,
GEHT ES UNS ALLE AN.**

KONTAKTIEREN SIE UNS:
INTERNATIONALES SEKRETARIAT
ABTEILUNG ISRAEL/PALÄSTINA

 israelpalestine@amnesty.org

 +44 (0)20 7413 5500

DISKUTIEREN SIE MIT:
(AUF ENGLISCH)

 www.facebook.com/AmnestyGlobal

 @Amnesty

GEWÄHLT ABER MIT EINSCHRÄNKUNGEN

SCHWINDENER HANDLUNGSSPIELRAUM FÜR PALÄSTINENSISCHE PARLAMENTARIER IN DER ISRAELISCHEN KNESSET

Palästinensische Mitglieder des israelischen Parlaments, der Knesset, sehen sich zunehmenden Bedrohungen gegen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausgesetzt. Diese Bedrohungen sind symptomatisch für die insgesamt Situation in Israel, wo der Raum für Stimmen, die der Art und Weise des Umgangs mit Palästinenser*innen durch die israelische Regierung kritisch gegenüber stehen, deutlich geringer geworden ist und die Diskriminierung von Palästinenser*innen sich in der Gesellschaft etabliert hat.

Amnesty International ist diesen Bedrohungen nachgegangen und hat dazu Gesetze, Ethikregeln, Stellungnahmen der Regierung und Berichte von Menschenrechtsgruppen durchgesehen sowie Parlamentsmitglieder und andere interviewt. Dabei zeigte sich, dass Gesetzesänderungen, zum Teil schon verabschiedet, zum Teil nur als Vorschlag vorhanden, Knesset-Regeln, die vorgeblich nur zur Durchsetzung ethikorientierter Verfahren existieren, und der Ausschluss von Vorschlägen für Gesetze aus politischen Gründen das Recht auf freie Meinungsäußerung untergraben haben. Diese Maßnahmen wirken sich auf palästinensische Parlamentarier*innen diskriminierend aus und unterhöhlen ihr Recht auf gleichberechtigte politische Teilhabe. Palästinensische Mitglieder des Parlaments sind - unter anderem auch durch hochrangige Regierungsvertreter*innen - mit Hetzreden konfrontiert, die sie selbst und ihre Arbeit offenkundig delegitimieren sollen.

Amnesty International fordert die israelische Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung von gewählten Volksvertreter*innen ohne Diskriminierung respektiert wird. Die Knesset ruft die Organisation auf, alle legislativen Maßnahmen außer Kraft zu setzen, die der Diskriminierung palästinensischer Parlamentsmitglieder in der Knesset – und in weiterem Sinne der Diskriminierung der palästinensischen Bürger*innen des Staates Israel – einen Weg bahnt.

